

Nr. 6240 13

1994 -03- 09

II-12 837 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Renoldner, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend zweckwidrige Wohnungsvergabe durch die Wohnungseigentum-Gemeinnützige Genossenschaft e.h. in Tirol

In Tirol wurde die Vergabe von Wohnungen durch die Wohnungseigentum-Gemeinnützige Genossenschaft e.h. (WE) entgegen des Wohnbauförderungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen an Ausländer zum Zweck der Nutzung als Zweitwohnsitz und andere mißbräuchliche Verwendungen bekannt. Die WE, mehrheitlich in öffentlichem Eigentum, handelte hier teilweise über Strohänner, teilweise indem sie direkte Verkäufe zum Beispiel an niederländische Staatsbürger und teilweise indem sie 99-jährige Mietverträge (z.B. mit deutschen Staatsangehörigen) abschloß. Bei dieser gesetzwidrigen Vorgangsweise wurde großzügig mit öffentlichen Förderungsmitteln umgegangen, so z.B. mit einer Befreiung von der 8 %-igen Grunderwerbsteuer.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für Finanzen:

1. Sind Ihnen diese Vorfälle bekannt?
2. In wievielen Fällen wurde der Bund durch Umgehung der Grunderwerbsteuer geschädigt?
3. Auf welche Schadenssumme beläuft sich Ihrer Berechnung nach die Umgehung?
4. An wen werden Sie (oder haben Sie bereits) Rückforderungen der umgangenen Grunderwerbsteuer oder anderer öffentlicher Abgaben richten? In welcher Höhe jeweils?